

Deutsche Post

Erscheint wöchentlich einmal, Sonntags.

Preis der Einzelnummer sechs Pfennig. — Zu beziehen durch die Aussträger und Straßenverkäufer. — Bei Postbezug nach auswärts einschließlich Zustellungsgebühr vierteljährlich 90 Pfg. Anzeigenpreis: Die achtspaltige Kleinzeile 30 Pfg.

Herausgegeben von
den Lodzer Deutschen.

Schriftleiter: Adolf Eichler, Lodz, Evangelicastr. 5
Sprechstunde wochentags von 11—12 Uhr.
Geschäftsstelle: Buchhandlung S. Winkopf, Petrikauer-
straße Nr. 152, daselbst Zeitungsansgabe.
Anzeigenannahme: Evangelicastr. 5 und Petrikauerstr. 152

Nr. 13.

Sonntag, den 19. September 1915.

1. Jahrgang.

„Lodz, die Hauptstadt von Neudeutschland“.

Man erschreke nicht, die Ueberschrift ist nicht das Lösungswort der „Deutschen Post“. — Graf Bobrinski, der russische Politiker und Panlawist, einer der Männer, die zum gegenwärtigen Kriege hielten, hat in einer Dumarede im April 1909 der russischen Regierung höhnend ihr sogenanntes Gewährenlassen der großdeutschen Bestrebungen in Lodz vorgeworfen und dabei das Schlagwort von der Hauptstadt des neuen Deutschland geprägt.

Was hat denn den russischen Grafen so in Harnisch gesetzt, daß er sich in wütenden Ausfällen gegen die Lodzer Deutschen und in einer verletzenden Kritik der Handlungen der damaligen Regierungsmänner gefiel?

Wir haben bereits im Leitartikel unserer letzten Nummer auf den Zusammenhang der Bobrinskischen Angriffe mit den erfundenen Behauptungen des polnischen Journalisten Gorski hingewiesen. Bobrinski hat, da es ihm so paßte, die gehässigen Entstellungen gutgläubig übernommen. Nach seiner Darstellung — wir folgen in unserer Wiedergabe dem Berichte der Petersburger Blätter — machen die Deutschen in Lodz nur ein Viertel der Bevölkerung aus, trotzdem haben sie der ganzen Stadt ihren Geist aufgeprägt. Die russischen Behörden unterstützten aber die Deutschen in unzulässiger Weise. Den Deutschen sei gestattet worden, Schulen zu gründen, den Tschechen, die immer ein stark ausgeprochenes Gefühl der Liebe und Ergebenheit für das große Rußland befehlen haben, sei ein gleiches Gefühl abgelehnt worden. Den Tschechen wurde gesagt, daß sie bis zur allgemeinen Schulreform warten müßten, bei den Deutschen ist solcher Aufschub nicht nötig gewesen. Für die Verbreitung der deutschen Ideen in Polen sprächen eine Anzahl Tatsachen. Die deutschen Schützen- und Jagdvereine bilden tätige Vorposten der deutschen Armee in Polen. Bei ihren Straßenmärschen marschieren diese Vereinigungen mit der Waffe in der Hand, unter Abklingung alldeutscher Lieder, und bei der Begegnung mit den Polizeibehörden erweise man ihnen die Achtung in korrekter Form. Den deutschen Gesangsvereinen in Polen seien durch den deutschen Generalkonsul in Warschau anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers deutsche Liebesbücher zugesandt worden. Auch die deutschen Turnvereine seien militärisch organisiert. Alles wird von den russischen Behörden begünstigt. Am Tage nach der Annahme der polnischen Enteignungsvorlage im Abgeordnetenhause habe die deutsche Gesellschaft in Lodz ein Fest gefeiert, auf dem der zeitweilige General-Gouverneur von Lodz anwesend gewesen sei, wobei er ausschließlich deutsch gesprochen habe.

Wie sehr der Dumaredner sich von seiner läugerischen Verleumdungsdicht leiten ließ, läßt sich erst feststellen, wenn einzelne seiner Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden. Es gab in Lodz keine deutschen Vereine mit politischer Richtung. Die Lodzer Bürgergeschützen, „die Vorposten der deutschen Armee“, waren rundliche, gutmütige Leute, die bei ihren Festen dem frisch-fröhlichen Biergenuss huldigten und für politische Probleme nie zu erwärmen gewesen wären. Und der Hilfsverein der Angehörigen des Deutschen Reiches hat nie daran gedacht, daß die alljährliche Kaiser-Geburtstagsfeier jemals als Feier anlässlich der Annahme der preussischen Enteignungsvorlage hingestellt werden könnte. Es würde den Rahmen unseres Artikels überschreiten, wollten wir alle Entstellungen im einzelnen festnageln.

Die gehässigen Angriffe ließen ein zielbewusstes Deutschland in Lodz voraussetzen. Die Wirklichkeit bot gerade damals ein ganz anderes Bild: unsere Deutschen waren in satter Selbstgenügsamkeit versunken. So erschienen uns die Ausführungen des russischen Politikers als Kampf eines Irren gegen ein Wahngelbde.

Bobrinski machte Schule. Die bis dahin immer noch mit einer gewissen Mäßigkeit vorgebrachten Verdächtigungen der russischen Presse nahmen an Heftigkeit zu. Die russischen Zeitungen beriefen sich auf das Urteil der polnischen Zeitungs- und Broschürenschreiber, die ja „gutunterrichtet sein mußten“. Einen ihrer schärfsten Angriffe gegen die Lodzer Deutschen leistete sich die „Nowoje Wremja“ noch im Sommer 1913. Sie schrieb damals: „Wenn wir die Eroberung unseres Weichsel- und Südwestgebietes durch die deutsche Industrie genauer ins Auge fassen, so ist der Gedanke an die Möglichkeit einer Sabotage im Kriegsfalle umso weniger abzulehnen, als die Verbindung dieser deutschen Fabriken auf russischem Boden mit ihren deutschen Mutterhäusern ununterbrochen fortbesteht und sie daher nur als Vorposten für den Drang nach Osten anzusehen sind. Diese Verbindung der russischen Deutschen mit ihrer alten Heimat war besonders deutlich zur Zeit der Revolution, wo eine Reihe von deutschen Fabriken in Lodz und Sosnowice ihre Verwaltungen nach Berlin verlegten. Was eigentlich in diesen deutschen Fabriken geschieht, wo vom ersten Direktor bis zum letzten Arbeiter nur Deutsche angestellt sind und nur deutsche Maschinen und deutsche Materialien gebraucht werden, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Einige Tatsachen deuten jedoch darauf hin, daß außer den kommerziellen Interessen ihnen auch militärische Dinge sehr am Herzen liegen. Schon im Jahre 1892 hat der General Kossitski darauf hingewiesen, daß die deutsche Invasionsarmee ganz systematisch vor sich gehe und von der deutschen Regierung unterstützt werde. Diese Worte werden jetzt durch eine Reihe von neuen Tatsachen nur zu sehr bestätigt. Vor allen Dingen erscheint uns das Bestreben der

deutschen Uebersiedler, sich zusammenzuschließen, höchst gefährlich. Gibt es doch in der „Hauptstadt von Neudeutschland“, Lodz, nicht weniger als vierzig Vereine (18 Gesang-, 4 Sports-, 8 Feuerwehr- und viele Schützenvereine). Viele von ihnen sind zudem ganz militärisch organisiert. Diese deutschen Kolonistenvereine erfreuen sich zwar fürs erste noch der größten Sympathie der Regierung, im Falle eines Krieges dürfte aber Rußland gerade von ihnen große Ueberraschungen erleben. (Das Blatt wiederholt dann die fasssam bekannten Gorskischen Verleumdungen zum hundertsten Male und fährt fort:) Wir könnten noch viele derartige Beweise mitteilen, die auf die deutsche Industrie einen Schatten werfen. Doch die angeführten dürften genügen den Besessenen geliefert haben, daß die in Frankreich beliebten Methoden der deutschen Spionage auch bei uns in Rußland angewandt werden. Die Aufgabe der deutschen Spionage dürfte aber zweifelsohne über den engen Rahmen der Erkundigung hinausgehen und den Boden vorbereiten für eine verräterische Sabotage, deren Resultate sich schwer voraussagen lassen. Noch ist es nicht zu spät, um die wahre Aufgabe der deutschen Industrie in Rußland zu erkennen. Es wäre daher endlich einmal an der Zeit, diese Frage vom Standpunkt der Landesverteidigung anzusehen und auf kurze Zeit wenigstens das industrielle Interesse beiseite zu lassen.“

Uns Deutschen in Lodz stellten sich damals diese Anrempelungen als Delirien eines Fieberkranken, der aufgehört hat, mit den Tatsachen zu rechnen und folgerichtige Schlüsse zu ziehen. Und so griff die Verleumdung in der russischen Gesellschaft weiter um sich; die von ihr Befallenen konnten nicht mehr mit den Dingen und Verhältnissen der Wirklichkeit rechnen, weil sie dann erkannt hätten, daß sie mit einem Lügennetz weben, das über all die Treue und Gut-taten, die die Deutschen in Rußland seit jeher dem Staate darbrachten, verachtend geworfen werden sollte.

St nun eine der Vorhersagungen der Bobrinski, „Nowoje-Wremja-Leute“ und ihrer Genossen eingetroffen? — Wir Deutschen in Lodz können mit reinem Gewissen antworten: Nein!

Die Teuerung.

Die Lebensmittelteuerung hält weiter an, wird größer und angesichts des nahenden Winters gefahrdrohend.

Selbst das Brot, das nach der neuen Ernte, die eine gute war, angekündigt wurde billiger werden sollte, ist neuerdings im Preise gestiegen.

Ungeheuerlich teuer aber sind außer dem Fleisch, auf dessen Beschaffungsschwierigkeiten wir in einem Aufsatze unserer letzten Nummer hingewiesen haben, Kartoffel und andere landwirtschaftliche Produkte. Teuer ohne Notwendigkeit, denn die Kartoffel- und Gemüsernte ist, wie von Landwirten aus den verschiedensten Richtungen der Umgebung unserer Stadt übereinstimmend berichtet wird, gut.

Man muß sich also wundern, wie es denkbar ist, daß die Landwirte die herrschenden hohen Preise halten können.

Wenn man näher hinsieht, so vernimmt man aus ihrem Munde immer wieder die Klagen über die zahllosen einschränkenden und hemmenden Bestimmungen, die den Landwirten die Markung ihrer Erzeugnisse sauer machen.

Erlaubnisscheine zur Ausfuhr, Durchfuhrquittungen, Erlaubnisscheine zur Einfuhr verbunden mit Geldausgaben, Durchsuchungen usw. hindern die Landwirte vielfach selbst ihre Produkte in die Stadt zu bringen. Die dazu Gelegenheit haben, überlassen ihre Erzeugnisse den Aufkäufern, welche die Waren nur mit entsprechendem Gewinn in unsere Hände geben; andere Bauern, die keine gute Verbindung mit der Stadt oder dem Aufkäufermarkt haben und die Schwierigkeiten und das Risiko der Zufuhr nicht auf sich nehmen wollen, lassen ihre Produkte einfach liegen und verkaufen!

Jeder Kreischef kümmert sich um die ausreichende Versorgung seines Kreises und verbietet zu diesem Zwecke die Ausfuhr dieser oder jener Produkte. Die Großstadtbevölkerung kommt auf diese Art um manchen ihrer Lieferanten, ihr ist auf diese Weise manche Quelle verstopft, die früher reichlich speiste.

Kann man aber die Fürsorge der Kreischefs für ihren Kreis verstehen, so darf doch nicht, wie von vielen Seiten behauptet wird, daß das vorgekommen sei und bei der gegenwärtigen Ordnung wieder vorkommen könne, in manchen Teilen unseres Landes mehr zurückgehalten werden als zur Ernährung der Bevölkerung notwendig ist. — Hoffentlich sind diese Behauptungen und Befürchtungen grundlos.

Das gegenwärtige Verhältnis der einzelnen Kreise und Gemeinden zueinander ähnelt beinahe der unseligen deutschen Kleinstaaterei aus Urgroßväterzeiten mit ihrer gegenseitigen Beschränkungs- und Besteuerungsjucht. Daß dabei für die Allgemeinheit nichts gutes herauskommen kann, ist selbstverständlich.

Tatsächlich beweist die gegenwärtige Lage, daß in manchen Orten unserer näheren und weiteren Umgegend bedeutend billigere Preise bestehen als in Lodz, beweist die Lage,

daß wir unglückseligen Großstädter die Hauptlasten des Krieges tragen.

Es muß dahin kommen, daß wir wieder mit den nahen und fernem Landgemeinden in unbeschränktem Austausch treten können.

Es muß dahin kommen, daß die hemmenden Bestimmungen, die Ausfuhr- und Einfuhrverbote, die Aus-, Durch- und Einfuhrkosten beseitigt werden!

Solange das nicht der Fall ist, wird die Versorgung unserer Stadt eine mangelhafte sein.

Wir erkennen die Veruche unserer Stadtverwaltung an, aus neutralen Ländern Artikel für den täglichen Bedarf zu beziehen. Was auf diese Art hierhergeschafft wird, ist ein unbefreitbarer Gewinn. Zucker, Heringe und Naphtha, die untermwegs sind, werden gern aufgenommen werden.

Das Wichtigste für die Versorgung der Stadt aber ist dennoch, daß Kartoffel, Gemüse und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ungehindert in unsere Stadt kommen können.

Man sollte meinen, daß bei einem gegenseitigen Zusammenarbeiten der einzelnen Kreisbehörden und Stadtverwaltungen die Angelegenheit unschwer zu aller Zufriedenheit zu regeln wäre. Wir befinden uns heute ja nicht eigentlich mehr im Operationsgebiet; die einschränkenden Bestimmungen, die seinerzeit, als die Front nahe war, nötig gewesen sein mögen, sind heute überholt und hinderlich.

Hilfe in letzter Stunde.

In der letzten Stadtvorordnetenversammlung am Donnerstag wies Herr Oberbürgermeister Schoppen auf das Elend der Reservistenfrauen hin und ersuchte die Versammlung, dem Magistrat bis auf weiteres die Summe von 3.000.000 Mark zur Unterstützung der Reservistenfrauen zur Verfügung zu stellen. Seinem Antrag wurde zugestimmt. Morgen bereits soll mit der Auszahlung von Unterstützung an die Reservistenfrauen begonnen werden.

Eine Woche lang standen hunderte von Frauen dicht zusammengedrängt vor dem ehemaligen Magistratsgebäude am Neuen Ring; erbittert durch das vergebliche Warten scheuten sie vor gewaltsamen Verkehrsstörungen nicht zurück. Die Ausschreitungen können nicht gebilligt werden.

Aber man bedenke: es waren Mütter, deren Kinder hungern, es waren Frauen, die seit beinahe acht Wochen keine Unterstützung erhalten haben und, wenn nicht alle, so doch fast alle bitterste Not leiden! Und man bedenke weiter: es sind die Frauen der Arbeiter unserer Stadt, die für ihr russisches Mutterland kämpfen, die so gut wie die deutschen Soldaten Helden sind!

In Deutschland und jedem andern Kulturlande begegnet man den Frauen der Soldaten mit Achtung, sucht nach Möglichkeit, ihr schweres Los zu erleichtern, ihnen die Sorgen von den Schultern zu nehmen, achtet sie als Frauen und Mütter des heranwachsenden Volkes, das einst vielleicht wieder sein Blut und Leben hergeben muß — fürs Vaterland!

Mancher von uns hat die Vorkommnisse als Schmach für uns alle, für die ganze Stadt empfunden.

Man hat den Frauen in den letzten Tagen gesagt, daß die Stadtbehörde helfend eingreifen werde. Daß es am Donnerstag dennoch zu einer gewaltsamen Vertreibung der Frauen kommen mußte, daran ist nicht die Behörde schuld, denn zur gleichen Stunde hätte sie schon die nötigen Schritte getan, um durch eine dauernde Sicherstellung der Reservistenfrauen solche betrieblischen Vorkommnisse für alle Zukunft unmöglich zu machen.

War es aber nicht möglich, daß das Bürgerkuratorium, das bisher die Unterstützungen auszahlte, bereits früher die Not der Frauen öffentlich darlegte und die Fürsorge für sie rechtzeitig in die Hände des Magistrats legte? Das zu erfahren wäre von Interesse. Dem Oberbürgermeister der Stadt und den Stadtvätern danken wir für ihr rettendes Eingreifen.

Wie es um die Gesundheitspflege bestellt war.

Eine kritische Lodzer Plauderei.

Im alten Lodz, welches von Petersburg aus über Petrikau unter freundlicher Mitwirkung des Herrn Stadtpräsidenten geleitet wurde, gab es so manche Einrichtung, die wir Lodzer gern vermißt hätten und jetzt zum Teil wenigstens los geworden sind; es gab aber auch vieles, was da fehlte, das aber von der Mehrzahl der steuerkräftigen Einwohner-schaft auch gar nicht ersehnt wurde, obgleich es zu einem Kulturstaat unbedingt gehört. Von Altersversorgung, Invalidenunterstützung, Unfallversicherung des Arbeiters und dergl. mehr auf staatlicher Grundlage im Auslande hatte man wohl gelegentlich gehört, oder darüber auch in den deutschen Zeitungen gelesen, was das aber eigentlich ist, war den wenigsten klar, nur so viel schwante den meisten, daß so etwas mit Geldausgaben in Gestalt von Steuern verbunden sein könnte und daher in jedem Fall unerwünscht sei; daß aber solch eine Sicherung der arbeitenden Bevölkerung zum Segen gereicht und die Volkskraft, mit ihr den Volksreichtum hebt, entzog sich dem an die Dämmerung gewohnten Blick der sogenannten Intelligenz. Man gründete lieber Wohltätigkeitsvereine, die vom Bettel lebten und das Unterstützungsbedürfnis im Volke großzogen, und war sehr zufrieden, wenn man sich zugunsten

